

Aktionsplan angepasst

Hochwasser, Murgänge, Hitze und Schäden an der Infrastruktur: Die Bewältigung des Klimawandels wird die Schweiz Milliarden Franken kosten. Nun hat der Bundesrat seinen Aktionsplan angepasst, mit dem Katastrophen besser vorgebeugt und die Folgen minimiert werden sollen. Der gestern vom Bundesrat verabschiedete Aktionsplan für die Jahre 2020 bis 2025 enthält 75 Massnahmen. Beispielsweise sollen Grün- und Wasserflächen das Problem der überhitzten Städte eindämmen. Einen weiteren Fokus setzt der Bundesrat bei der Prävention. So sollen Frühwarnsysteme – beispielsweise zur Vorhersage von Trockenperioden – weiterentwickelt werden. Wie viel die Umsetzung der Massnahmen genau kostet, kann laut der Regierung nur grob geschätzt werden. (sda)

Höherer Beitrag für Klimaschutz

Die Schweiz erhöht ihren Beitrag an den globalen Grünen Klimafonds für die kommenden vier Jahre um 50 auf neu 150 Millionen US-Dollar. Die Mittel kommen Entwicklungsländern zugute, die laut Bundesrat von den Auswirkungen des Klimawandels besonders stark betroffen sind. Der Bundesrat reagiere mit der Erhöhung des Vierjahresbeitrages in den Green Climate Fund (GCF) auf die wachsenden globalen und nationalen klimabedingten Herausforderungen und die Dringlichkeit des Handelns, schreibt er in einer Mitteilung von gestern. Bis heute hat der Fonds in über 130 Projekten in mehr als 100 Ländern investiert. (sda)

Bauherren besser schützen

Wer ein Haus kauft oder neu baut, soll sich besser gegen Baumängel zur Wehr setzen können. Mit diesem Ziel schlägt der Bundesrat eine längere Rügefrist für Mängel vor. Gemäss geltendem Recht müssen Baumängel grundsätzlich sofort gerügt werden, das heisst innerhalb von wenigen Tagen. Zudem sollen sich Generalunternehmer nicht mit einer Vertragsklausel aus der Verantwortung stehlen dürfen, wenn es darum geht, Mängel zu beheben. Mit der Gesetzesänderung sollen auch die Probleme mit dem Bauhandwerkerpfandrecht entschärft werden. Der Bundesrat schlägt vor, dass Bankgarantien die Verzugszinsen nur für zehn Jahre sichern müssen. (sda)

Pestizid-Risiken sollen sinken

Der Bundesrat will die Risiken beim Einsatz von Pestiziden weiter senken. Er hat die Stossrichtung einer entsprechenden parlamentarischen Initiative in einer Stellungnahme begrüsst. Die Initiative «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» der Wirtschaftskommission des Ständerats will unter anderem die mit dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verbundenen Risiken für Oberflächengewässer, naturnahe Lebensräume und als Trinkwasser genutztes Grundwasser bis 2027 halbieren. Referenz soll das Mittel der Jahre 2012 bis 2015 sein. Die Vorlage ist formell kein Gegenvorschlag zur Trinkwasser- und zur Pestizidverbotsinitiative, aber eine Reaktion darauf. (sda)



Rasch reagiert: Mit einem Swiss-Flugzeug des Typs Boeing 777 sind über 300 Schweizer aus Mallorca zurückgekehrt. Archivbild Keystone

Hunderte kehren vorzeitig aus Mallorca-Ferien zurück

Hunderte Schweizer Touristen auf den Balearen haben vorzeitig ihre Rückreise angetreten. Sie wollten damit eine Quarantäne vermeiden.

von Markus Böni

Die spanischen Ferieninseln im Mittelmeer stehen ab heute auf der Liste der Corona-Risikoländer (Ausgabe von gestern). Die Fluggesellschaft Swiss holte gestern über 300 Touristen aus Palma de Mallorca zurück, wie es bei der Medienstelle auf Anfrage hiess. Die Airline setzte dafür ein grösseres Flugzeug als ursprünglich geplant ein. Die Maschine des Typs Boeing 777 mit 340 Sitzplätzen sei praktisch ausgebucht. Ursprünglich war ein Airbus A321 mit 219 Sitzplätzen vorgesehen.

Auch Edelweiss reagierte rasch auf die neuen Umstände. Für die Flüge von Ibiza und Palma gestern Nachmittag setzte sie ebenfalls grössere Maschinen ein: jeweils ein Airbus A330 statt A320. Pro Flug ergaben sich so rund 140 Sitzplätze mehr. Der Rückflug aus Palma de Mallorca sei ausgebucht, der Rückflug aus Ibiza «fast ausgebucht», sagte Edelweiss-Sprecher Andreas Meier auf Anfrage.

1000 Sitzplätze für Rückkehrer

Bei Swiss und Edelweiss standen damit unter dem Strich gegen 1000 Sitzplätze für den Transport von Balea-

ren-Rückkehrern nach Zürich zur Verfügung. Die Swiss werde die Entwicklung der Nachfrage in den nächsten Tagen genau beobachten und allenfalls die Kapazitäten weiter anpassen, sagte Mediensprecherin Meike Fuhrott. Kunden hätten die Möglichkeit, Flugtickets einmalig kostenlos umzubuchen. Wenn der ursprüngliche Tarif nicht mehr verfügbar sei, könne es jedoch zu einem Preisunterschied kommen.

Hotelplan hat gemäss Angaben der Medienstelle derzeit mehrere Hun-

dert Gäste auf den Balearen in den Ferien. Man könne allen Kunden, die früher zurückreisen möchten, eine Lösung anbieten. Zudem seien kostenlose Umbuchungen möglich. Kunden, die ihre Reise annullieren wollten, würden die Reisekosten vollumfänglich zurückerstattet, sofern es sich um eine Pauschalreise handle.

Sehr kurze Vorlaufzeit

Tui hat rund 100 Gäste auf den Balearen. Einzelne hätten bereits selber umgebucht, erklärte Medien-

sprecherin Milica Vujcic auf Anfrage. Die Resonanz auf die neue Situation sei aber auf den Balearen am auffälligsten. Je nach Verfügbarkeit von Plätzen auf Flügen in die Schweiz wurden gestern vorzeitige Rückkehrwünsche erfüllt. Wer demnächst auf die Balearen habe abreisen wollen, der könne die Ferien zeitlich oder auf eine andere Destination umbuchen. Die kurze Reaktionsfrist sei für die Kunden umständlich, sagte Vujcic. Wenn man innerhalb von 24 Stunden reagieren müsse, sei das «nicht sehr kundenorientiert».

Auch bei Kuoni (DER Touristik Schweiz) gab es laut Mediensprecher Markus Flick Umbuchungen. Zahlen dazu gebe der Konzern allerdings keine bekannt. Man stehe in Kontakt mit den Kunden vor Ort und prüfe Möglichkeiten einer vorzeitigen Rückreise. Informiert würden auch Kunden, die demnächst hätten auf die Balearen reisen wollen. Diese könnten ihre Reisen absagen oder umbuchen. «Nicht sehr glücklich» zeigte sich auch der Kuoni-Sprecher über die sehr kurze Vorlaufzeit von Bekanntgabe bis Inkrafttreten der neuen Risikoliste. Da wünsche man sich von Seiten der Reiseveranstalter mehr Luft, um rechtzeitig reagieren zu können.

BAG meldet 311 Infizierte innert 24 Stunden

In der Schweiz und in Liechtenstein sind dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) gestern innerhalb eines Tages 311 neue Coronavirus-Ansteckungen gemeldet worden. Damit lag die Zahl so hoch wie seit vier Monaten nicht mehr. Nach den rekordhohen Neuansteckungszahlen von Anfang

April – am 9. April noch 785 innert eines Tages – sank die Zahl ab dem 12. April kontinuierlich. Am 19. April waren es 336 Ansteckungen. Damit lag die Zahl der Neuinfektionen bis gestern letztmals über 300. Der Tageswert der Neuansteckungen allein sei wenig aussagekräftig, insbesondere unter Berücksichti-

gung der hohen Anzahl Tests, betonte BAG-Sprecherin Katrin Holenstein. Wichtiger sei die Anzahl der Neuinfektionen pro Woche, bei denen man einen kontinuierlichen Anstieg sehe. Gleichzeitig meldete das BAG im Vergleich zum Vortag 19 neue Spital-einweisungen und zwei neue Todesfälle. (sda)

Weg für Laubers Abgang ist frei

Der in der Fifa-Affäre unter Druck geratene Bundesanwalt Michael Lauber scheidet definitiv vorzeitig per Ende Monat aus dem Amt aus. Die Gerichtskommission hat diesem Vorgehen zugestimmt.

von Sebastian Gänger

Mit dem Abgang Laubers wird das seit Mai laufende Amtsenthebungsverfahren gegenstandslos, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilten. Es wird formell auf Anfang September eingestellt. Lauber hat der Gerichtskommission zufolge fristgerecht per Ende Januar 2021 gekündigt. Zudem bot er eine Verkürzung der Kündigungsfrist um fünf Monate an. Dem stimmte die Kommission zu. Die noch bestehenden Ferientage würden entsprechend den personalrechtlichen Bestimmungen ausbezahlt.

Laubers Darstellung der Ferientage sei mit Experten erörtert worden, sagte Kommissionspräsident Andrea Caroni vor den Bundeshausmedien. Diese seien zum Schluss gekommen,

dass die Ferientage gerecht fertigt seien. Lauber habe ab Anfang September keine Ansprüche mehr auf einen Lohn. Zur exakten Zahl der angehäuften Ferientage von Bundesanwalt Lauber äusserte sich Caroni aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht. Er stellte aber klar, dass Ferientage nicht verwirkten – auch dann nicht, wenn Tage ungerechtfertigterweise in das nächste Jahr übertragen würden. Das sei in der Vergangenheit mehrmals gerichtlich bestätigt worden.

Verfahren für Nachfolge läuft

Nach Laubers Abgang übernehmen seine beiden Stellvertreter die Amtsgeschäfte. Die Gerichtskommission will der Bundesversammlung ihren Wahlvorschlag für die Nachfolge für

die kommende Wintersession unterbreiten. Ein entsprechendes Verfahren sei gestern lanciert worden, sagte Caroni. Über die Ausschreibung und das konkrete Prozedere entscheide die Gerichtskommission an ihrer nächsten Sitzung vom kommenden Mittwoch. Wann der neue Bundesanwalt oder die neue Bundesanwältin das Amt anetrete, sei noch unklar. «Perfekt wäre ein nahtloser Übergang am 1. Januar 2021», sagte Caroni.

Strafrechtliche Folgen möglich

Lauber war 2011 als erster Bundesanwalt von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt worden. Nach monatelanger Kritik an seiner Amtsführung und mutmasslichen Ungeheimheiten bei den Ermittlungen gegen den Weltfussballverband Fifa

bot er im Juli seinen Rücktritt an. Wenig später reichte er die Kündigung ein.

Die Rechtskommission des Ständerats will die Immunität Laubers, die ihn vor Strafverfolgung schützt, aufheben. Grund ist ein Anfang August eröffnetes Strafverfahren gegen ihn und Fifa-Präsident Gianni Infantino durch den ausserordentlichen Staatsanwalt des Bundes, Stefan Keller. Der Vorwurf lautet unter anderem auf Amtsmisbrauch respektive Anstiftung zum Amtsmisbrauch. Das Verfahren richtet sich auch gegen den Walliser Oberstaatsanwalt Rinaldo Arnold. Am kommenden Montag wird die Immunitätskommission des Nationalrats entscheiden, ob ein Strafverfahren gegen Michael Lauber stattfinden darf.